

Deutschland nach dem 7. Oktober – kein Zusammenhalt gegen Antisemitismus?

von Lisa Johanne Jacobs und Rosa Sondermann

*Am 7. Oktober 2023 überfiel die radikalislamische Terrororganisation Hamas Israel. Über Land-, See- und Luftweg drangen Terroristen nach Israel ein und begingen grausame Verbrechen, überwiegend an der israelischen Zivilbevölkerung. Beim schlimmsten antisemitischen Pogrom in diesem Jahrhundert wurden Menschen in ihren Siedlungen und auf offener Straße erschossen, in ihren Häusern angezündet, enthauptet, gefoltert und verschleppt. Viele Frauen wurden brutal vergewaltigt und dann getötet, teilweise vor ihren eigenen Kindern. Während junge Menschen beim Super-Nova-Festival in der Wüste wenige Kilometer vom Gazastreifen entfernt feierten, wurden auch sie am Samstagmorgen zum Ziel der Terroristen. Allein auf dem Festivalgelände wurden etwa 360 Leichen gefunden. Hunderte Frauen, Kinder und Männer wurden in den Gazastreifen entführt. Einige wurden getötet, einige freigelassen, andere sind immer noch Geiseln der Hamas. Auch arabische Israelis, ausländische Arbeiter*innen und Tourist*innen wurden ermordet und entführt. Diese extreme Form der Gewalt ist ein Angriff gegen Israel, gegen das Judentum, gegen Juden und gegen Jüdinnen: An Frauen und Mädchen jeden Alters wurde systematisch geschlechtsspezifische Gewalt durch die Hamas verübt. Durch diesen Terrorangriff wurde das Sicherheitsgefühl eines Landes erschüttert, in dem Überlebende der Shoah ein neues Zuhause gefunden haben. Dabei wurde Israel vor Augen geführt, dass ein organisierter Massenmord an Jüdinnen*Juden jederzeit geschehen kann. Nachdem Israel begann, mit einer militärischen Gegenoffensive gegen die radikalislamische Terrororganisation vorzugehen, folgte weltweit eine beispiellose Welle von Antisemitismus.*

Anstieg antisemitischer Vorfälle seit dem 7. Oktober 2023

Der Angriff der Hamas auf Israel und der dadurch stattfindende Krieg zwischen Israel und der Hamas hat auch in Deutschland massive Folgen für jüdische Personen, Organisationen und Einrichtungen. Noch am 7. Oktober kam es spontan zu antisemitischen Jubelfeiern in Deutschland, bei denen der „heldenhafte Widerstand“ der Hamas gegen das „Apartheidsregime Israel“ gefeiert wurde.¹ Seitdem sind in ganz Deutschland antisemitische Vorfälle festzustellen, wohingegen eine flächendeckende zivilgesellschaftliche Solidarität mit Israel nicht zu beobachten ist. Statt einer empathischen Anteilnahme mit den Opfern der grausamen Taten der Hamas kam es mehrfach zur Relativierung oder sogar Rechtfertigung dieser Taten.

In Berlin und in Nordrhein-Westfalen wurden in den letzten Wochen Wohnhäuser von Jüdinnen*Juden mit u. a. Davidsternen markiert, auf Versammlungen waren Schilder mit Sätzen wie „Stop doing what Hitler did to you“ sichtbar und Parolen wie „From the River to the sea - Palestine will be free“ zu hören. Diese Parole

¹ <https://taz.de/Verbot-von-Hamas-und-Samidoun/!5970550/> [letzter Abruf: 18.12.2023]; weiterführende Literaturempfehlung: Schneider, R.C. (2023): Die Sache mit Israel. 5 Fragen zu einem komplizierten Land, München.

impliziert die Auslöschung Israels, welches sich auf genau diesem Territorium befindet. Damit wird Israel das Existenzrecht abgesprochen und somit die de facto Unmöglichkeit jüdischen Lebens auf diesem Territorium hingenommen. Weiterhin wurden Kundgebungen und Schweigeminuten für die Opfer des Terrors in Israel gestört, Israel-Flaggen von öffentlichen Gebäuden entwendet und Poster zur Erinnerung an die israelischen Geiseln heruntergerissen. In Berlin mussten nach einer Pro-Palästina-Mahnwache am Brandenburger Tor Teilnehmer*innen daran gehindert werden, das nahe gelegene Holocaust-Mahnmal anzugreifen. Ebenfalls in Berlin hat es einen Brandanschlag auf eine Synagoge gegeben. An deutschen Universitäten, wie der Universität der Künste Berlin und der Freien Universität Berlin, erfolgten antisemitische Aktionen und Demonstrationen von Studierenden und Lehrpersonal. Die Folge: Jüdische Studierende fühlen sich in ihren Seminaren und an den Universitäten nicht mehr sicher.

Insgesamt verzichten gerade viele Jüdinnen*Juden auf das Tragen jüdischer Symbole, verstecken ihre jüdische Identität und sorgen sich um den Besuch jüdischer Kindergärten und Schulen wie auch von Synagogen.² Die Sorge vor antisemitisch motivierten Angriffen ist groß – und real. Dies zeigen auch die Festnahmen von mutmaßlichen Hamas-Terroristen kürzlich, die Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Deutschland geplant haben sollen.³ Überall auf der Welt wird der polizeiliche Schutz jüdischer Einrichtungen und Wohnviertel verstärkt.

Zahlen unterlegen diese Entwicklungen. Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) hat am 28. November einen Monitoring-Bericht veröffentlicht, in dem antisemitische Vorfälle mit Bezug zu dem Terrorangriff auf Israel im Zeitraum vom 7. Oktober bis zum 9. November ausgewertet wurden. Die RIAS-Meldestellen in Deutschland verzeichneten in diesem Zeitraum mehr Meldungen von antisemitischen Vorfällen als im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Innerhalb des genannten Zeitraums wurden 994 Vorfälle gemeldet, die mit dem Terrorangriff in Verbindung stehen. Das sind 29 Vorfälle pro Tag und viermal so viele Fälle wie im Jahresdurchschnitt 2022.⁴

Auch die RIAS-Meldestellen in den einzelnen Bundesländern berichten von einem anhaltend hohen Meldeaufkommen. Unter den 994 antisemitischen Vorfällen sind drei Fälle extremer Gewalt, 29 Angriffe und 72 gezielte Sachbeschädigungen, 32 Bedrohungen und vier Massenzuschriften. Bei der Mehrheit der 994 Fällen handelte es sich um „verletzendes Verhalten“, z. B. antisemitische Äußerungen, davon waren 177 Vorfälle antisemitische Versammlungen. Nach RIAS-Kategorien werden 87% der gemeldeten Vorfälle dem *israelbezogenen Antisemitismus* zugeordnet, 21% dem *antisemitischen Othering*, 23% dem *Post-Shoah-Antisemitismus*, 8% dem *antijudaistischen sowie modernen Antisemitismus*.⁵ Der Bericht des Bundeskriminalamts (BKA) stützt diese Meldungen. So kam es laut der Auswertung des BKA in Deutschland schon kurz nach dem Überfall der Hamas auf Israel zu einer Vielzahl antisemitisch motivierter Sachbeschädigungen und Straftaten.⁶

² <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article248351852/Judenhass-Deutschland-im-Winterschlaf.html> [letzter Abruf: 17.12.2023]; <https://www.zeit.de/campus/2023-11/7-oktober-judentum-antisemitismus-deutschland-beziehungen> [letzter Abruf: 17.12.2023].

³ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/hamas-generalbundesanwalt-100.html> [letzter Abruf: 19.12.2023].

⁴ <https://report-antisemitism.de/monitoring/> [letzter Abruf: 18.12.2023].

⁵ <https://report-antisemitism.de/monitoring/> [letzter Abruf: 18.12.2023].

⁶ <https://www.tagesschau.de/investigativ/rbb/israel-hamas-antisemitismus-gewalt-deutschland-100.html> [letzter Abruf: 15.12.2023].

Der Aufschrei gegen Antisemitismus bleibt aus: #metoo – außer du bist jüdisch

Obwohl die Hamas ihre Taten nicht versteckte, sondern teilweise sogar live auf den sozialen Medien streamte, und nicht verleugnete, dass das Ziel ihres Angriffs die massenhafte Tötung, Traumatisierung und Demütigung von Jüdinnen*Juden war, bleibt die flächendeckende Solidarität mit den Opfern weitestgehend aus.

Statt trauern zu dürfen und den Angriff auf den einzigen jüdischen Staat zu verarbeiten – zu dem auch viele deutsche Jüdinnen*Juden eine enge, oft familiäre Beziehung haben –, müssen diese häufig ihren Wunsch nach Trauer rechtfertigen. Zudem wird der Vorwurf laut, dass die jüdische Existenz im Nahen Osten den Angriff provoziert habe. Somit werden Jüdinnen*Juden in die Lage gebracht, das Vorgehen Israels gegen die Hamas verteidigen zu müssen.⁷ So sehr wie kein anderes Thema in den vergangenen drei Monaten wird das Vorgehen der israelischen Regierung in Deutschland, in den Vereinten Nationen und vor allem in Israel selbst immer wieder diskutiert. Gleichwohl sind das Ausmaß und die Gewalt gegen die in Deutschland lebenden Jüdinnen*Juden und die Art, wie ihre Erlebnisse und Sorgen wahrgenommen werden, nicht hinnehmbar.

Die kontinuierliche und alltägliche antisemitische Gewalt in Deutschland wird selten zum Anlass genommen, Solidarität gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Deutschland zum Ausdruck zu bringen. So ist auffällig, wie groß hier das Schweigen von sämtlichen Organisationen ist, die sich sonst als politisch oder gesellschaftskritisch verstehen. Konnte man beim Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine vermehrt blau-gelbe Fahnen bei Kultureinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen sehen, sind Israelfahnen und Solidaritätsbekundungen, abgesehen von der Ebene der Bundes- und Landesregierungen sowie von vereinzelt (zumeist jüdischen) Organisationen, wenig sichtbar.⁸

Daneben bleibt auch die Solidarität bezüglich der geschlechtsspezifischen Gewalt von feministischen Organisationen aus. Die Taten der Hamas gegen Frauen und Mädchen wurden bislang auf der Bühne internationaler Organisationen weitestgehend nicht verurteilt. Eine der wichtigsten Frauenorganisationen der Welt, die UN Women, schwieg wochenlang.⁹ Von israelischen Feministinnen wurde als Reaktion die Kampagne #MeToo_Unless_Ur_A_Jew initiiert und in den sozialen Medien genutzt, um auf die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Jüdinnen aufmerksam zu machen.

Natürlich ist auch Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung angebracht – tausende sind bereits in dem Krieg seit dem 7. Oktober 2023 umgekommen, obdachlos geworden oder auf der Flucht. Ursache und Wirkung werden aber vertauscht, wenn Israel einseitig die Schuld für die Toten und Vertriebenen zugeschoben wird.

Die Rechtfertigung eines Pogroms

Nicht nur, dass den Opfern des Terrors die Empathie verweigert wird und die Erfahrungen infrage gestellt werden: Seit dem 7. Oktober ist gar die Rechtfertigung des Hamas-Terrors verstärkt in allen politischen Milieus zu beobachten.

⁷ <https://taz.de/Trauer-und-Wut/!5969350/> [letzter Abruf: 19.12.2023].

⁸ <https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/einen-monat-nach-dem-terrorangriff-der-hamas-warum-schweigen-so-viele-im-kulturbetrieb-100.html> [letzter Abruf: 18.12.2023]; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/krieg-in-nahost-das-schweigen-der-un-israel-verzweifelt-an-der-weltorganisation-/29445386.html> [letzter Abruf: 15.12.2023].

⁹ <https://taz.de/Gewalt-an-Frauen/!5972451/> [letzter Abruf: 18.12.2023].

In linken, zumeist antiimperialistisch oder queerfeministisch ausgerichteten Gruppen ist eine De-Realisierung erkennbar, wenn Israel als „Apartheidstaat“ oder als „unterdrückende Kolonialmacht“ bezeichnet wird. Dabei wird die Realität der demokratischen Verfasstheit des Staates Israels ausgeblendet, in welchen ebenfalls arabische und christliche Israelis wie auch mizrachische Jüdinnen*Juden oder Jüdinnen*Juden of Color Staatsbürger*innen sind. Auf pro-palästinensischen Demonstrationen und Kundgebungen linker und darüber hinaus queerfeministischer Gruppen werden antisemitische Parolen gerufen, Israel wird eines „Genozids“ in Gaza bezichtigt und als „Kolonialmacht“ bezeichnet. Somit dürfte nicht überraschen, dass bspw. die Gruppe „Palästina spricht“, die der Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) nahesteht, auf einer Demo das Hamas-Massaker als „revolutionären Tag“ pries, auf den man „stolz sein könne“¹⁰. Auch die sexualisierte Gewalt gegen Jüdinnen wird demzufolge von solchen Gruppen gezeugnet und heruntergespielt.

Auch Neonazis nutzen die derzeitige Situation, um gegen Israel zu hetzen. An einem Dortmunder Neonazi-Treff ließen die Betreiber*innen ein antisemitisches Banner mit der Aufschrift „Israel ist unser Unglück“ neben einer Palästinaflagge sichtbar aufhängen. Während der NS-Zeit war die Parole „Die Juden sind unser Unglück“ in jeder Ausgabe des „Stürmers“ zu lesen. Eine Dämonisierung Israels ließ sich auch auf dem Instagram-Profil des bekannten Thüringer Neonazis Patrick Wieschke feststellen und das rechtsextreme Magazin COMPACT unterstellte Israel, den Krieg mit dem Ziel neuer Waffenlieferungen begonnen zu haben.¹¹ Zudem nutzen Islamisten den Zeitpunkt, um gegen Israel zu mobilisieren und Antisemitismus offen auszuleben. Dabei wurde in Essen eine Pro-Palästina-Demonstration von einigen Teilnehmenden dazu benutzt, die Errichtung eines Kalifats in Deutschland zu fordern – Frauen und Mädchen mussten dabei in diesem Demonstrationsblock hinter den Männern laufen.¹²

Nicht selten marschieren die politischen Lager auch gemeinsam auf Demonstrationen gegen Israel.¹³ Diese Entwicklung wird seit Jahren beobachtet und nimmt zu – seit dem 07. Oktober ist sie besonders stark zu beobachten und das bis in die deutsche Mehrheitsgesellschaft hinein. So wird in deutschen Feuilletons immer wieder Antisemitismus reproduziert. Zum Beispiel äußerte sich Richard David Precht im Podcast „Lanz und Precht“ Mitte Oktober in einem Gespräch über Israel antisemitisch. In der Berichterstattung über Israel wird oftmals einseitig Israel als Aggressor dargestellt oder immer wieder betont, es sei kaum möglich, sogenannte ‚Israelkritik‘ zu äußern, obgleich Talkshows, Feuilletons und Nachrichten voll davon sind. Das Magazin „Der Stern“ spricht von „Vergeltungsschlägen“ Israels und nicht von einer Gegenoffensive mit dem Ziel, Israels Bürger*innen vor weiteren Attacken der Hamas zu schützen. Die Deutsche Presse Agentur (dpa) berichtet regelmäßig von der „militanten Palästinenserorganisation Hamas“, statt diese als Terrororganisation zu benennen.¹⁴

Während also die radikale Rechte ihren gesamtgesellschaftlich breit geächteten NS-bezogenen Antisemitismus weiterhin offen zutage trägt, zeigt sich der Antisemitismus in anderen politischen Lagern und Milieus impliziter. So kommt Antisemitismus häufig in Teilen linker Bewegungen vor, ohne, wie in der rechtsextremen Ideologie,

¹⁰ <https://taz.de/Linker-Antisemitismus!/5966630/> [letzter Abruf: 18.12.2023].

¹¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutsche-neonazis-bejubeln-angriff-auf-israel-auswertung-von-websites-und-social-media-kanaelen-a-1693df00-574e-4534-9d16-e06d3eb2b6b0> [letzter Abruf: 18.12.2023]; <https://twitter.com/KatharinaKoenig/status/1710929369831526609> [letzter Abruf: 18.12.2023].

¹² <https://www.sueddeutsche.de/politik/essen-israel-demonstration-kalifat-islamisten-1.6298354> [letzter Abruf: 18.12.2023].

¹³ <https://www.welt.de/politik/ausland/plus248255930/Europa-Linke-und-Islamisten-gemeinsam-gegen-Israel-der-Aufstieg-des-Juden-hasses.html> [letzter Abruf: 16.12.2023].

¹⁴ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/kommentar-israel-krieg-medien-deutschland-100.html> [letzter Abruf: 16.12.2023].

ein integrales Element zu sein.¹⁵ Der linke Antisemitismus äußert sich vor allem in vermeintlicher „Israelkritik“ oder im „Antizionismus“ kapitalismuskritischer, antiimperialistischer Gruppen, was eine lange Tradition in der linken Denktradition hat.¹⁶ Dies reicht so weit, dass die einflussreiche BDS-Bewegung zum wirtschaftlichen, kulturellen oder akademischen Boykott Israels aufruft und inzwischen von der deutschen Regierung als antisemitisch eingestuft wird.

Der Hass auf Israel als kleinster gemeinsamer Nenner

Weil seit 1945 der rassistische und eliminatorische Antisemitismus politisch geächtet und tabuisiert wurde, werden seitdem andere Wege gefunden, um Antisemitismus zu äußern. Einer davon ist der israelbezogene Antisemitismus, der an gesellschaftliche Verhältnisse und politische Milieus angepasst wurde.¹⁷ Der israelbezogene Antisemitismus wirkt als ein Bindeglied und wie ein Klebstoff zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern: Von der deutschen Mehrheitsgesellschaft bzw. der gebildeten Mitte über linke Milieus und islamistische Gruppen bis hin zur radikalen Rechten ist der Hass auf Israel der kleinste gemeinsame Nenner, der die verfeindeten „Lager miteinander übereinkommen lässt.“¹⁸

Bei israelbezogenem Antisemitismus wird Israel als Umweg genutzt, um antijüdische Ressentiments zu verbreiten. Unter dem Vorwand, Israel und seine Regierung zu kritisieren, werden stattdessen jahrhundertealte antisemitische Stereotype modernisiert, wenn z. B. auf Demonstrationen „Kindermörder Israel“ skandiert und damit die mittelalterliche Ritualmordlegende aktualisiert wird. Dass diese Form des Antisemitismus gesellschaftlich so verbreitet ist, hat u. a. damit zu tun, dass diese Form zu einem „politisch korrekten Hass“¹⁹ geworden ist. Somit dient Israel als Projektionsfläche für bereits vorhandenen Judenhass.

Schuldabwehr statt Empathie

Auch bei einer ganzen Reihe deutscher Künstler*innen, Schriftsteller*innen oder Intellektueller lässt sich seit jeher israelbezogener Antisemitismus beobachten. Dabei steht inzwischen vor allem die Frage um die Singularität des Holocaust im Mittelpunkt vieler Debatten, die besonders stark aus der Perspektive der Postcolonial Studies geführt wird. Daraus folgt auch eine Neubewertung der Frage nach der Ausrichtung der deutschen Erinnerungskultur und damit letztlich auch nach dem deutschen Umgang mit Israel und Jüdinnen*Juden. So werden Stimmen laut, die behaupten, die Erinnerung an den Holocaust mache blind für alle anderen Gewaltformen der deutschen Geschichte, wie Kolonialismus, Rassismus oder Imperialismus, und blende die globalen Entwicklungszusammenhänge dieser Gewaltgeschichten aus.²⁰ Hinzu kommt ein Anzweifeln an der

¹⁵ <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/307887/antisemitismus-im-linken-spektrum/> [letzter Abruf: 16.12.2023].

¹⁶ Weiterführende Literaturempfehlung: Haury, Thomas (2002): Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg.

¹⁷ <https://link.springer.com/article/10.1007/s41682-022-00115-2> [letzter Abruf: 18.12.2023].

¹⁸ Rensmann, L. (2021): Israelbezogener Antisemitismus. Formen, Geschichte, empirische Befunde. In: Bundeszentrale für politische Bildung, S.1.

¹⁹ Schwarz-Friesel, M. (2020): Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von ‚Brunnenvergiftern, Kindermördern, Landräubern‘. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 55.

²⁰ <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/507390/holocaust-kolonialismus-und-ns-imperialismus/> [letzter Abruf: 19.12.2023].

Präzedenzlosigkeit des Holocaust oder eine Relativierung, wenn z. B. Israel mit NS-Deutschland gleichgesetzt wird. All dies ist nur durch einen verkürzten Begriff von Antisemitismus möglich, in dem der israelbezogene Antisemitismus ausgeblendet oder nicht anerkannt wird. Parallel dazu sind postkoloniale Theoretiker*innen oft der Auffassung, dass es ein Tabu gebe, sich zum Staat Israel zu äußern.²¹ Angeblich werde jede Form der Kritik pauschal mit der sogenannten „Antisemitismuskeule“ abgestraft. Doch ein solches Tabu existiert nachweislich nicht, so die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel.²²

Explizit in Deutschland ist zu beobachten, dass „ganz gleich, welches antisemitische Ressentiment in Deutschland öffentlich kommuniziert wird, eine explizite oder implizite Form der Abwehr der Schuld und Verantwortung für den Nationalsozialismus und der Shoah“²³ immer einen Anteil hat. Dies gilt für alle Formen des Antisemitismus, ganz gleich, von welchem politischen Milieu dieser artikuliert wird.²⁴ Die Abwehr der eigenen Schuld ist ein verbindendes Element verschiedener Gruppierungen und wird momentan besonders stark durch den Israelbezogenen Antisemitismus in Form von vermeintlicher Kritik an Israel transportiert.

Deutsche Kontinuitäten und „importierter Antisemitismus“: mit Rassismus lässt sich nicht gegen Antisemitismus vorgehen

Als eine Form der Leugnung des Antisemitismus in Deutschland zeigen sich auch rassistische Reaktionen und einseitige Schuldzuweisungen. Seit dem 7. Oktober 2023 kommt es u.a. zu verstärkten Bedrohungen und Gewalt gegenüber Musliminnen*Muslimen sowie zu Angriffen auf Moscheen. Außerdem hat die kontrovers geführte politische Diskussion über Migration und Asyl in Deutschland damit neuen Nährstoff bekommen. Die Debatte um „importierten Antisemitismus“ wurde angefacht, als der CDU-Chef Friedrich Merz erklärte, Deutschland könne nicht noch mehr Geflüchtete aufnehmen, es gebe „genug antisemitische junge Männer im Land“²⁵. Der bayerische Regierungschef Markus Söder brachte sogar die Möglichkeit eines Passenzugs für Migrant*innen bei der Ablehnung der Verfassung in Zusammenhang mit der Ablehnung Israels auf. Dabei hatte sein Stellvertreter Hubert Aiwanger noch im Sommer 2023 selbst einen medial vielbeachteten Antisemitismus-Skandal ausgelöst, der seiner Partei „Freie Wähler“ bei der bayerischen Landtagswahl jedoch nicht schadete. Im Gegenteil erzielte die Partei sogar Stimmenzuwächse und Aiwanger wurde erneut zum bayerischen Vize-Ministerpräsident ernannt.

Die deutsche Gesellschaft schafft es trotz und wegen des Holocaust immer wieder, Antisemitismus anders zu artikulieren. Das lässt sich in allen Milieus nachweisen und wird seit dem 7. Oktober gerade in der Empathieverweigerung und im Versuch der Externalisierung von Antisemitismus auf Migrant*innen sichtbar. Allerdings darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass Antisemitismus sowohl unter Migrant*innen als auch unter

²¹ <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/der-antisemitismus-der-postkolonialen-theorie-die-kontinuitaet-des-kolonialen-blicks-18328667.html> [letzter Abruf: 17.12.2023].

²² <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/jessica-hoyer-die-causa-mbembe-antisemitismus-und-postkolonialismus-83087/> [letzter Abruf: 15.12.2023].

²³ Salzborn, S. (2020): Die bundesdeutsche Erinnerungsabwehrgemeinschaft: zur Geschichte und Relevanz des Schuldabwehr-Antisemitismus. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 31.

²⁴ Salzborn, S. (2020): Die bundesdeutsche Erinnerungsabwehrgemeinschaft: zur Geschichte und Relevanz des Schuldabwehr-Antisemitismus. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 32.

²⁵ <https://www.nzz.ch/international/friedrich-merz-wir-haben-genug-antisemitische-junge-maenner-im-land-ld.1761710> [letzter Abruf: 18.12.2023].

Nicht-Migrant*innen existiert und seit vielen Jahren dokumentiert ist: Israel bleibt dabei die wichtigste Projektionsfläche für den bereits vorhandenen Judenhass. Auch deshalb wäre genau jetzt die uneingeschränkte Solidarität mit Israel, mit den ermordeten Jüdinnen*Juden und mit Jüdinnen*Juden in Deutschland wichtiger denn je. Stattdessen jedoch wird ein Massaker an über 1.200 Menschen und die Entführung und Geiselnahme von weiteren Menschen von linken Gruppierungen, Islamist*innen, Neonazis, aber auch Teilen des deutschen akademischen und kulturellen Betriebs zum Anlass genommen, den Hass auf Israel lautstark zu artikulieren. Bedrohungen und Übergriffe auf deutsche Jüdinnen*Juden sind die Folge.

Die demokratische Kultur zeigt sich auch in ihrem Schutz gegenüber Minderheiten

Bei aller Sorge um die palästinensische Zivilbevölkerung, die von der derzeitigen militärischen Gegenoffensive betroffen ist: Das Vorgehen der israelischen Regierung gegen die Hamas darf keine antisemitische Gewalt und Diskriminierung in Deutschland rechtfertigen. Dies sollte ein Minimalkonsens in der aktuellen Situation sein. Die Frage, wo antisemitische Sprache und Verhaltensweisen beginnen, wird in Forschung und Gesellschaft kontrovers diskutiert und es entzündet sich unvereinbare Konflikte an Einschätzungen zur Lage in Nahost, die gesellschaftliches Spaltungspotenzial haben.

Die Polarisierung der Gesellschaft, politischer Milieus und Subkulturen in der „Nahost-Frage“ war immer da, sie tritt seit dem 7. Oktober 2023 aber wieder stärker zutage. Allianzen, die gerade in Zeiten der Erosion demokratischer Kultur wichtig wären, zerbrechen oder werden infrage gestellt. Jüdinnen*Juden fühlen sich zunehmend isoliert. Junge deutsch-jüdische Aktivist*innen werfen bereits die Frage auf, ob es unter diesen gesellschaftlichen Entwicklungen wohl in 10 Jahren noch Jüdinnen*Juden in Deutschland geben wird.

Es bedarf eines konsequenten Vorgehens, das Erkenntnisse aus der Antisemitismusforschung zur Anwendung bringt und eine neue Form des Zusammenhaltes der Gesellschaft formuliert – in dem man anerkennt, dass Hass gegenüber Jüdinnen*Juden mehr als nur ein Vorurteil und tief in der Gesellschaft verankert ist. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland bedeutet auch, das Judentum als Teil der Gesellschaft zu wahrzunehmen. Daraus muss unweigerlich die Empathie mit ermordeten Jüdinnen*Juden – egal wo auf der Welt – und auch die Solidarität mit Israel folgen.

Dezember 2023

Lisa Johanne Jacobs ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Teilinstitut Jena des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) und forscht zu Antisemitismus.

Rosa Sondermann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena und arbeitet zum Themenfeld Antiziganismus.
